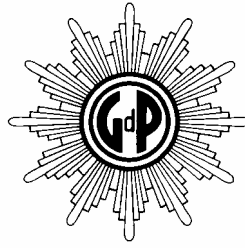


INFORMATIONEN

Presse, Rundfunk,
Fernsehen



Gewerkschaft
der Polizei

<http://www.gdp.de>
gdp-pressestelle@gdp-online.de

Bundesvorstand

Montag, 17. November 2003

**Rede des Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei,
Konrad Freiberg,
anlässlich der gemeinsamen Demonstration
von GdP und DBwV
am 17. November 2003
vor dem SPD-Bundesparteitag in Bochum**

Liebe Kolleginnen,
und Kollegen,

schön, dass ihr hier seid. Das war nicht einfach. Um uns heute vor dem Bundesparteitag der SPD hier in Bochum treffen zu können, hatten wir einige Hürden zu überwinden.

Ich kann euch sagen, um die Nähe zur Politik – zu den Abgeordneten in Bund und Land - zu finden, mussten wir um jeden Meter kämpfen.

Näher als bis hierher, lassen sie uns nicht an sich heran.

Ihr seht, unsere Politiker gehen auf Distanz zu ihren Wählern. Es ist auch nicht verwunderlich, wenn immer weniger Wähler zu den Wahlurnen gehen, wie zuletzt in Bayern und Brandenburg geschehen.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 117 - Telefax: (030) 39 99 21 - 190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599
E-Mail: Ruediger.Holecek@gdp-online.de

Es gab auch eine Menge Bedenken dagegen auszuräumen, dass wir heute hier als Polizistinnen und Polizisten, Soldatinnen und Soldaten demonstrieren – und zwar in unserer Uniform, in unserer Arbeitskleidung.

Die hessische Landesregierung, unter Ministerpräsident Koch, hat vor wenigen Tagen sogar beschlossen, dass hessische Polizistinnen und Polizisten nicht mehr in Uniform für ihre Rechte demonstrieren dürfen.

Ich frage euch:

Kann es denn wirklich sein, dass Männer und Frauen, die in Afghanistan, im Kosovo, in Köln oder hier in Bochum ihr Leben für ihren demokratischen Staat aufs Spiel setzen, nicht einmal mehr in ihrer eigenen Arbeitskleidung für ihre Interessen auf die Straße gehen dürfen?

Liebe Innenminister,

- 386 Polizistinnen und Polizisten sind seit 1945 in ihrer Arbeitskleidung gestorben, von Straftätern getötet
- Tausende Kolleginnen und Kollegen werden jedes Jahr verletzt
- Immer häufiger müssen Polizisten Gewalt zur Durchsetzung des Rechtsstaates anwenden. 23.000 Widerstände gegen Vollstreckungsbeamte allein im letzten Jahr.

Und nun sollen wir nicht einmal in dieser Arbeitskleidung die Rechte wahrnehmen dürfen, die wir Tag und Nacht für diesen demokratischen Staat auf der Straße für alle anderen Mitbürger verteidigen?

Was dürfen wir als Beamtinnen und Beamte denn überhaupt noch?

Streiken dürfen wir nicht.

Jetzt sollen wir noch nicht einmal mehr in unserer Dienstkleidung für unsere Interessen demonstrieren dürfen!

Wie sollen wir unsere Belange nach außen den überhaupt noch vertreten?

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstrasse 4, 10555 Berlin
Telefon (030) 39 99 21-117 Telefax: (030) 39 99 21-190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Wir wollen nicht zurück in den Obrigkeitsstaat.
Wir sind keine Arbeitssklaven.
Auch wir haben Rechte.

Was ist bloß los in unserem Land?

Vielen Dank auch, Herr Innenminister Behrens, dass Sie so viele Kolleginnen und Kollegen dienstlich zum Schutz unserer Demonstration eingesetzt haben.

Vor wem sollen wir denn geschützt werden?
Oder haben unsere Volksvertreter Angst vor der Polizei?

Ich begrüße also herzlich unsere Kolleginnen und Kollegen hinter den Absperrungen und gebe ihnen mein Wort, dass wir die Vertretung ihrer Interessen selbstverständlich heute auch übernehmen, weil sie selbst ja dienstlich unabkömmlich sind.

Schließlich stehen wir Tag und Nacht bei der Arbeit auch füreinander ein.

Wir geben euch unser Wort, dass wir Euren Dienst nicht erschweren werden.

Ich begrüße die Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundeswehrverbandes, an ihrer Spitze ihr Vorsitzender, Oberst Bernhard Gertz.

Wir haben bereits schon einmal gemeinsam eine große Demonstration – in Berlin – veranstaltet und seitdem unsere Zusammenarbeit vertieft.

Beide Organisationen halten unverrückbar an dem Grundsatz der Trennung zwischen Innerer und Äußerer Sicherheit fest, wie er in der Verfassung steht – und nicht nur das:

Wir haben gemeinsam politischen Vorschlägen eine Absage erteilt, die diese verfassungsmäßige Grenze aufweichen wollten, etwa in der Frage des Einsatzes der Bundeswehr im Innern an gefährdeten zivilen Objekten oder gar bei Demonstrationen.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstrasse 4, 10555 Berlin
Telefon (030) 39 99 21-117 Telefax: (030) 39 99 21-190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Uns verbindet der gemeinsame Widerstand gegen den Ausverkauf der Inneren und Äußeren Sicherheit und gegen den Sozialabbau bei den Beschäftigten in den beiden, für Gesellschaft und Staat, lebenswichtigen Aufgabenbereichen.
Bei der Polizei und bei der Bundeswehr.

Ich grüße auch alle anderen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, insbesondere auch die Kollegen von der Feuerwehr.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstrasse 4, 10555 Berlin
Telefon (030) 39 99 21-117 Telefax: (030) 39 99 21-190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Was ist bloß los in unserem Land?

Warum haben unsere Politiker plötzlich Angst,
dass ihnen das Volk zu nahe kommt?
Schämen sie sich etwa, ihm in die Augen zu sehen?
Weil sie den Menschen vorher etwas anders versprochen haben?

Grund dazu haben sie.

Ich vermute, dass viele, die heute diesen Parteitag besuchen, sich unwohl in ihrer Haut fühlen.

Ich drücke ihnen die Daumen, dass wenigstens sie,
die Delegierten aus den Städten und Gemeinden,
die das Elend dieser so genannten Reformen in ihren Ortsvereinen verkaufen müssen,
nahe genug an die Mitglieder der Bundes- und der Landesregierungen und an die Abgeordneten herankommen, um ihnen zu sagen, wie die Stimmung bei den Bürgern ist.

Dann könnten sie den Regierungsmitgliedern sagen,
dass sich hier draußen kein privilegierter öffentlicher Dienst versammelt hat, sondern Männer und Frauen, die jeden Tag ihre Haut zu Markte tragen müssen.
Die notfalls sogar ihr Leben für diesen Staat hergeben.

Dann könnten sie ihnen vielleicht sagen,
dass hier draußen keine bornierten Betonköpfe stehen, die nicht wissen, was eine Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Finanzkrise ist.
Dann könnten sie sie ihnen sagen,
dass hier Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmer stehen,
die seit Jahren ihren Beitrag leisten mussten,
um für eine desolote Finanzpolitik gerade zu stehen,
die sie nicht zu verantworten haben.

Dann sollten sie ihnen sagen,
dass diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Nase voll haben, immer wieder Sonderopfer zu erbringen,
wie sie ihnen jetzt wieder abverlangt werden.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstrasse 4, 10555 Berlin
Telefon (030) 39 99 21-117 Telefax: (030) 39 99 21-190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Ich erinnere nur daran:

- Neun mal ist in den letzten elf Jahren die Beamtenbesoldung vom Tarifabschluss im öffentlichen Dienst abgekoppelt worden.
- Bereits 1993 wurde das Weihnachtsgeld eingefroren.
- Die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage wurde gestrichen.
- Das Renten- und Versorgungsniveau wurde gesenkt.
- Die Hinterbliebenenversorgung wurde verschlechtert.
- Die Leistungen bei der Beihilfe wurden reduziert
- Die Wochenarbeitszeit wurde in den einzelnen Ländern erhöht.
- Nun sollen Urlaubs- und Weihnachtsgeld zusammen gestrichen werden.

Wir sagen, jetzt muss endlich Schluss sein, mit dem Sozialabbau bei den Beschäftigten der Polizei und der Bundeswehr. Diese Rotstiftpolitik geht nicht nur an die Substanz unserer Existenzgrundlagen, diese Rotstiftpolitik betreibt den Ausverkauf der Inneren Sicherheit.

7.000 Stellen sind bundesweit bei der Polizei allein in den letzten fünf Jahren abgebaut worden, weitere 4.000 sollen folgen. Das sind 11.000 Polizistinnen und Polizisten weniger, die zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung stehen.

Die Polizeipräsenz wird immer dünner, die Übergriffe auf Leben, Gesundheit und Eigentum der Menschen steigen. Immer größer wird der Unmut in der Bevölkerung über die Zustände auf den Straßen; über Vandalismus, Belästigungen, Unsicherheit.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstrasse 4, 10555 Berlin
Telefon (030) 39 99 21-117 Telefax: (030) 39 99 21-190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Aber das muss die Politiker ja nicht kratzen:
Wenn es um ihr Sicherheitsbedürfnis geht, dann werden eben Kolleginnen und Kollegen aus anderen Dienstgruppen abgezogen.
In unserer Bundeshauptstadt Berlin müssen Zivilfahnder, die sonst Verbrecher jagen, jetzt Politikerwohnungen und Botschaften beschützen. Einer von ihnen zum Beispiel, der sonst Jugendgangs verfolgt, die andere Schüler ausrauben, muss jetzt auf Frau Merkel aufpassen.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstrasse 4, 10555 Berlin
Telefon (030) 39 99 21-117 Telefax: (030) 39 99 21-190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Kolleginnen und Kollegen,

Wir stellen fest:

- die Kriminalität nimmt zu
- die Unsicherheit auf unseren Straßen wächst
- die terroristische Bedrohung steigt

Die Antwort der Politik auf diese Herausforderungen lautet:

- weiterer Personalabbau
- längere Arbeitszeiten
- weniger Einkommen für die Beschäftigten der Polizei

Es ist ein Skandal,

- wie mit der Polizei
- wie mit dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger
- wie mit unseren Steuergeldern Schindluder getrieben wird!

Denn die Zeche für diese verfehlte Sicherheitspolitik zahlen wir alle.

Das ist es, was uns in Rage bringt: Die kleinen Leute sollen blechen und müssen ohnmächtig zusehen, wie unser Land durch Kriminelle immer weiter ausgeplündert wird.

- Zum Beispiel Organisierte Kriminalität:
Sie richtete im vergangenen Jahr einen Schaden von 3,1 Milliarden Euro an, das ist mehr als doppelt so viel, wie im Vorjahr.
- Auf zweistellige Milliardenbeträge summiert sich der Schaden, der Bund und Ländern durch Umsatzsteuerbetrug und Steuerumgehung jährlich entsteht.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstrasse 4, 10555 Berlin
Telefon (030) 39 99 21-117 Telefax: (030) 39 99 21-190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

- Allein durch illegale Beschäftigung gehen jährlich 64 Milliarden Euro Steuereinnahmen und 56 Milliarden Euro Sozialversicherungsbeiträge und überdies noch 500.000 Arbeitsplätze verloren.

Warum lässt man das zu?

Diese Sicherheitspolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen verdient die Rote Karte.

Wir haben auch die Nase voll von Stars und Idolen, die hier im Land keinen Pfennig für Straßen, Schulen, Krankenhäuser, Lehrer und Polizisten bezahlen:

Fünf Milliarden Euro an Steuereinnahmen gehen der Bundesregierung Jahr für Jahr verloren, weil Unternehmer und Prominente ihren Wohnsitz ins Ausland verlegen.

Ich habe manchmal den Verdacht, die für Deutschland verheerenden Ergebnisse der internationalen PISA-Studie waren die Ausgangslage dieser Reformpolitik nach dem Motto:

Endlich haben wir es schriftlich. Die Leute sind so dumm, die merken es nicht mehr.

Die merken es zum Beispiel nicht mehr, das der Steuergelder verbrennende Vertrag zur LKW-Maut 17.000 Seiten umfasst. 17.000 Seiten, in denen nur ein Satz nicht steht: nämlich, dass dieses System auch funktionieren muss.

Das ist es, was viele in diesem Land auf die Barrikaden treibt, aber leider allzu viele in Resignation und Hoffnungslosigkeit versinken lässt.

Es geht nicht um die Einsicht, dass jeder seinen Beitrag leisten muss, wenn unser Land in Not gerät. Es geht um das Unverständnis, dass trotz der Notlagen das Geld unverdrossen aus dem Fenster geworfen wird und die Reichen immer reicher werden.

Weiterhin werden Gewinne fröhlich privatisiert und Verluste sozialisiert.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstrasse 4, 10555 Berlin
Telefon (030) 39 99 21-117 Telefax: (030) 39 99 21-190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Für diesen Standpunkt lasse ich mich als Gewerkschafter gerne beschimpfen. Das ist ja derzeit gerade in Mode. Übrigens auch bei einigen von denen, die dort drüben in der Halle tagen. Das macht mich besonders traurig.

Dagegen macht es mich richtig zornig, wenn so ein „Jungjuppy“ wie der Vorsitzende des Bundesverbandes Junger Unternehmer – das sind so 2.500 Unternehmer unter 40 Jahren – die Gewerkschaften für überflüssig hält und nichts gegen ein Verbot der Gewerkschaften hätte.

Wir seien, so sagte er wörtlich: „bloße Selbsterhaltungstriebler.“ Eine solche Aussage, liebe Kolleginnen und Kollegen, trifft uns tief. Sie trifft uns tief, weil sie die deutsche Bildungsmisere in ihrem ganzen Ausmaß deutlich macht.

Was ein „Triebler“ ist, weiß nicht einmal der Duden. „Selbsterhaltungstrieb“ jedenfalls ist der zusammenfassende Begriff für Lebensdrang, Daseinswille, Nahrungs- und Verteidigungstrieb.

Zurück auf Null, würde ich sagen, Herr Jungunternehmer bis die Ohren trocken sind.

Ich vermute übrigens, dass es unter diesen 2.500 so genannten Jungen Unternehmern nicht wenige gibt, die ihren Betrieb vom Vater geerbt haben, der noch keinen Armani-Anzug trug, aber dafür wusste, wie man seine Angestellten und Arbeiter anständig behandelt.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstrasse 4, 10555 Berlin
Telefon (030) 39 99 21-117 Telefax: (030) 39 99 21-190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Kolleginnen und Kollegen, es geht kein Ruck durchs Land –

es geht ein Riss durch unser Land!

Der seit Jahrzehnten erprobte Konsens der Bundesländer in der Sicherheitspolitik löst sich auf.

- Durch unterschiedliche Uniformen und Farben erkennt der Bürger kein einheitliches Bild der Polizei mehr.
- In der Frage der Polizeiausstattung scheitern notwendige Erneuerungen und Modernisierungen am Egoismus der beteiligten Länder und des Bundes.

Erinnert Euch, wie viele Jahre es dauerte, bis die notwendige Modernisierung des polizeilichen Datenverbundes in Angriff genommen wurde.

In der polizeilichen Kommunikation liegen wir heute wir auf dem technischen Niveau von Albanien.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, nenne ich einen „Rückfall in die Kleinstaaterei und Provinzialität“!

Aufgekündigt wurde auch die bundeseinheitliche Bezahlung der Polizeiarbeit.

Von der jeweiligen Haushaltsslage diktiert, legen die Länder die Bezahlung, die Arbeitszeit und die Berufsperspektiven der Polizeibeamtinnen und –beamten nach eigenem Gutdünken fest.

Es wird nicht lange dauern, bis sich diese Unterschiede auch in der Ausbildung und der Qualität der Polizeiarbeit für den Bürger bemerkbar machen.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstrasse 4, 10555 Berlin
Telefon (030) 39 99 21-117 Telefax: (030) 39 99 21-190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit Wochen machen wir mit Aktionen im ganzen Land die Öffentlichkeit auf den krassen Unterschied zwischen den Sonntagsreden der Politiker und ihrem tatsächlichen Handeln aufmerksam:

Die Sicherheitspolitik in Deutschland verdient die Rote Karte!

Der Staat zieht sich aus seiner Verantwortung für die Innere Sicherheit zurück.

Das Land wird geplündert, die Zeche zahlen wir, die Bürger.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstrasse 4, 10555 Berlin
Telefon (030) 39 99 21-117 Telefax: (030) 39 99 21-190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Was tun wir nicht alles für diesen Staat:

- Wir lassen uns von Chaoten und Kriminellen beleidigen, bespuken und mit Steinen bewerfen.
- Wir sind rund um die Uhr am Wochenende und Feiertagen für die Bürger da.
- Wir müssen nach tödlichen Verkehrsunfällen die Todesnachrichten überbringen.
Wir müssen dann den Eltern den Tod ihres Kindes mitteilen.
- Wir helfen bei schweren Unglücken und müssen das Leid der Menschen mit ansehen und ertragen.
- Wir müssen Leichensachen bearbeiten und Todesermittlungen durchführen.
- Wir müssen Vergewaltigungsoffer trösten und betreuen.
- Wir müssen die ekelhaften Fotos von Kinderschändereien im Internet oder sonst wo betrachten und diesen Kinderschändern gegenüberstehen.
- Wir setzen Leib und Leben für diesen Staat ein.
- Wir werden mit dem Leid der Menschen direkt konfrontiert.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstrasse 4, 10555 Berlin
Telefon (030) 39 99 21-117 Telefax: (030) 39 99 21-190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Und was ist der Dank dafür?

- Man verschlechtert unsere Gesundheitsvorsorge und erhöht den Eigenanteil.
- Man kürzt unsere Renten und Pensionen.
- Man verlängert unsere Wochenarbeitszeit (bis auf 42 Stunden).
- Man verlängert unsere Lebensarbeitszeit (bis auf 65 Jahre).
- Man kürzt unter Weihnachtsgeld und streicht unser Urlaubsgeld.

Ja, sind die denn von allen guten Geistern verlassen?
Haben die denn jegliche Bodenhaftung und Anstand verloren?

Wir fordern:
Schluss mit dieser unsozialen Politik!

Wir fordern ein:
Abkehr von der Politik des Personal- und Sozialabbaus im Sicherheitsbereich!

Wir fordern:
Stoppt den Ausverkauf der Inneren und Äußeren Sicherheit!

Gerne übergebe ich nun das Wort an Oberst Bernhard Gertz.
Lieber Kollege Gertz, wir freuen uns, Euch an unserer Seite zu haben.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstrasse 4, 10555 Berlin
Telefon (030) 39 99 21-117 Telefax: (030) 39 99 21-190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599